

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Hans Lamm, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München, würdigt Nahum Goldmann zum 85. Geburtstag: Farbe, Geist und Güte.

Seite 1/2

Frolinde Baiser MdB sieht mit dem neuen Be-
täubungsmittelrecht
echte Chancen eröffnet:
Völliges Neuland.

Seite 3-5

Dieter von Ehrenstein
hält eine zukünftige
Energiepolitik in abseh-
barer Zeit ohne Kernener-
gie für möglich: Kein
Verzicht auf Wachstum
und Komfort.

Seite 6/7

Dokumentation:

Willy Brandts Brief an
William Borm zu dessen
85. Geburtstag.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

35. Jahrgang / 126 / 7. Juli 1980

Farbe, Geist und Güte

Nahum Goldmann feiert am 10. Juli seinen 85. Geburtstag

Von Dr. Hans Lamm

Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde München

Am 10. Juli 1980 wird Dr. Nahum Goldmann, der "Staatsmann ohne Staat" (wie er 1970 seinen ersten autobiographischen Versuch nannte), 85 Jahre alt werden. Die Feier für den jugendlich und vital wirkenden Jubilar findet weder in seinem europäischen Wohnort - Paris - noch in Jerusalem in Israel, wo er seit Jahrzehnten seine Zweitwohnung mit einer Sammlung von erlesenen Gemälden und antiken Gläsern unterhält, sondern in Amsterdam statt, der Stadt, in der Rembrandt Gemälde von Rabbinern und biblischen Gestalten schuf und der abtrünnige Jude Baruch Spinoza abendländischen Denken neue Anstöße gab.

Bundeskanzler Helmut Schmidt wird Goldmann, der sich in seiner neuen, wesentlich erweiterten Autobiographie (Langen Müller, München 1980) zu seinen deutschen Jahren (1900-1933) mit einer Laudatio ehren.

In einem Aufsatz (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Düsseldorf, 4. Juli) ehrt Schmidt ihn als "Staatsmann und Humanist" und neigt sich vor ihm mit der Feststellung "Kein anderer Staatsmann hat so ausschließlich Ziele gleichen moralischen Ranges vertreten - und so erfolgreich vertreten."

Er weist auf Goldmanns tatkräftige, unter Adenauer begonnene Wiedergutmachungsverhandlungen hin und feiert ihn als den "Wegbereiter von manchen Aussöhnungen zwischen Juden und Deutschen", wobei der Kanzler von beiden Völkern ausgeht, über die keiner so viel nachgedacht und geschrieben hat wie Goldmann, die er als durch Ähnlichkeiten verbunden und durch Katastrophen getrennt betrachtet.

Goldmann nennt sich oft einen "post-assimilatorischen Zionisten", der im Vaterhaus in Wischnowo (Litauen) die Identifizierung mit jüdischem Volkstum und seiner Kultur eingesogen und nie über Bord geworfen hat, im Gegensatz zur jüdischen Religiosität, die seit seinem 17. Lebensjahr ihm nicht viel bedeutet.

Mit Resignation hat Goldmann oft registriert, daß seine politische Laufbahn ihm "von Hitlers Ungnaden" aufgedrängt wurde.



Hätte jener Erzfeind der Juden nie die Macht ergriffen, dann wäre Goldmann wohl Journalist (bei der Emigration hatte er ein ehrendes Angebot der alten liberalen "Frankfurter Zeitung" in der Tasche) oder Professor geworden:

Zur Heidelberger Universität, wo er 1920 und 1921 zwei Doktorhüte erwarb, unterhielt er gute Beziehungen.

Das Schicksal wollte es anders: Er organisierte mit dem großen New Yorker Rabbiner Stephen S. Wise den Jüdischen Weltkongreß zum Schutz bedrohter jüdischer Rechte in allen Teilen der Erde (zum Beispiel auch in der UdSSR) und er leitete diese Organisation 40 Jahre. Dreizehn Jahre war er auch Präsident der Zionistischen Welt-Organisation, mit deren langjährige Leiter, dem 1. Staatspräsidenten Israels, Professor Chaim Weizmann ihn eine lange Freundschaft verband.

Davis Ben Gurion hätte ihn gern im ersten Kabinett des "Judenstaats" gesehen: Zur Wahrung seiner Freiheit und Unabhängigkeit lehnte Goldmann jenes und spätere Angebote ab. Daß ihn mit Menahem Begin, den am weitesten rechtsstehenden Regierungschef in Jerusalem, fast nichts als die zionistische Grundkonzeption verbindet, ist offenkundig. Beide Veteranen interpretieren diese höchst verschiedenartig: Begin mit religiös-nationalistischer Härte, Goldmann mit Konzilianz, Diplomatie, Geduld und Verständnis für die Position des Gegners, wobei er die Araber nicht als Feinde betrachtet und mit jedem, selbst Arafat, verhandeln würde, um Juden und Arabern zu einem dauerhaften friedlichen Neben-, ja Miteinander-Leben zu verhelfen. Er strebt darum eine völlige Neutralisierung Israels an, was die Völker und Politiker dies- und jenseits des Jordans als eine weltfremde Illusion bezeichnen. Goldmann würde ihnen mit dem Wort, das Theodor Herzl bei der Veröffentlichung des zionistischen Programms (1897) formulierte: "Wenn ihr nur wolltet, dann ist's kein Märchen.." erwidern. Er ist in Bezug auf die Nahost-Problematik Optimist und glaubt, daß der Präsident der USA Anfang 1981 (sei es nun Carter oder Reagan) eine Lösung erzwingen wird, die um des Friedens willen, Zugeständnisse zu Kompromissen von beiden Seiten und allen Völkern erheischen wird.

Goldmann ist Weltpolitiker - es gibt kaum einen Staatsmann des letzten Halbjahrhunderts mit dem er keine Beziehungen pflegte, von Litwinow und Benes, zu den Präsidenten der USA, den Kanzlern der Bundesrepublik, zu Tito oder Ceausescu - er ist auch Weltmann, der alle guten und schönen Dinge der Welt, Frauen, Kunstwerke und gute Musik pflegt und schätzt. "Grand old man" des Weltjudentums ist Goldmann genannt worden: Er verleiht der eintönig gewordenen Palette der Gemeinschaft Farbe, Geist und Güte und gehört, weder Freund noch Feind kann dies leugnen, dadurch zu den größten und besten Gestalten, die da deutsche Judentum seit 1900 der Welt geschenkt hat. (-/7.7.1980/hi/ca)



Völliges Neuland

Das neue Betäubungsmittelrecht öffnet echte Chancen

Von Dr. Frolinde Balsler MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit

Am 26. Juni 1980 hat der Deutsche Bundestag praktisch einstimmig das vom Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit in verhältnismäßig kurzer Zeit erarbeitete Gesetz zur Neuordnung des Betäubungsmittelrechts verabschiedet. In den Beratungen der beteiligten Ausschüsse ist der Entwurf der Bundesregierung erheblich verändert und ergänzt worden, insbesondere durch einen neuen siebten Teil, in dem das Prinzip "Therapie statt Strafe" juristisch gefaßt worden ist. Hiermit ist völliges Neuland betreten und, wie die überwiegende Zahl der Ausschußmitglieder meinte, eine angemessene Verfahrensweise gefunden worden, dem besonderen Fall des Rauschgiftmißbrauchs im meist jugendlichen Alter mit daraus entstehenden Abhängigkeiten so gerecht zu werden, wie die Sachverständigen das in der Anhörung des Deutschen Bundestages empfohlen hatten.

Es ist zu hoffen, daß die Industrie bald neue Mittel auf den Markt bringt, und es ist weiter zu hoffen, daß die Ärzte dazu übergehen, statt Barbituraten, die auch gesundheitliche Schäden verursachen können und die in sehr gängigen Schlafmitteln vorhanden sind, lieber solche Mittel zu verschreiben, die zur Gruppe der Tranquilizer gehören.

Eine der großen Schwierigkeiten, das Gesetz populär oder doch wenigstens lesbar zu machen, ist schon der Name "Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz-BtMG)". Im Kern ist das Gesetz rund 50 Jahre alt und orientiert sich auch an internationalen Bestimmungen. Dadurch kommt es, daß das Hauptproblem, nämlich die Abwehr von Rauschgiften, im Namen des Gesetzes nicht zum Ausdruck kommt; dies ist allerdings auch dadurch bedingt, daß zum Beispiel Schlafmittel zum Teil auch ähnlich wie Rauschgifte verwendet werden können, oder daß andere Gefährdungen bis hin zum gewollten oder ungewollten Todesfall sich ergeben. Es handelt sich also eigentlich um ein Gesetz zum Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Arzneimitteln und ähnlichen Stoffen und zur Bekämpfung des Rauschgifts.

Die Ziele, die mit dem Gesetz erreicht werden sollen, sind umfassend:

1. dem Schutz der menschlichen Gesundheit zu dienen,
2. soll der Verkehr mit Betäubungsmitteln so geregelt werden, daß Sicherheit und Kontrolle gewährleistet sind und daß
3. die erforderliche und medizinische Versorgung der Bevölkerung gesichert ist;
4. soll der Mißbrauch von Betäubungsmitteln möglichst verhindert und der Gebrauch von Rauschgiften unterbunden werden,
5. schließlich sollen für Verstöße angemessene Strafen festgesetzt werden, die für Rauschgifthändler mit der Neufassung des Gesetzes bis auf 15 Jahre erhöht worden sind, und dann soll
6. die Möglichkeit für Kleintäter, die selber rauschgiftabhängig sind, eröffnet werden, wenn sie nicht mehr als höchstens zwei Jahre Strafe zu erwarten haben, anstelle der Strafe eine therapeutische Behandlung zu absolvieren.

Frau Minister Huber nannte diese neue Konzeption in der Bundestagsdebatte ein "System des ausgewogenen Zusammenspiels zwischen Therapie und Strafe".

Aus der Aufzählung dieser höchst unterschiedlichen Zielsetzungen, die das Gesetz zu verbinden sucht, ergibt sich, daß ganz unterschiedliche Gruppen von den einzelnen Abschnitten des Gesetzes vordringlich angesprochen sind. Die Listen bilden vorwiegend für Apotheker, Ärzte und Schwestern den wesentlichen Inhalt des Gesetzes nach Paragraph 1 Absatz 1: "Betäubungsmittel im Sinne dieses Gesetzes sind die in den Anlagen I - III aufgeführten Stoffe und Zubereitungen."



In der Anlage I, das sind die "nicht verkehrsfähigen Betäubungsmittel", finden sich zum Beispiel die bekannten Rauschgifte: "Cannabis (Marihuana)" sowie "Cannabisharz (Maschisch)" sowie Heroin, nämlich "Diamorphin".

In Anlage II, das sind "verkehrsfähige, aber nicht verschreibungsfähige Betäubungsmittel", findet sich zum Beispiel das letzthin in die Diskussion auch hierzulande geratene Mittel "Methadon", sowie "Methadon-Zwischenprodukt (Premethadon)", das mit diesem Gesetz ausdrücklich als nicht verschreibungsfähiges Betäubungsmittel festgelegt ist, womit vielleicht endlich die Diskussion um die Verwendung von Methadon in der Therapie bei Heroinabhängigen erledigt sein dürfte. In der Anhörung des Bundestages ist sehr deutlich geworden, daß die amerikanischen Versuche in diesem Feld nicht hilfreich sind und nur zu neuen Abhängigkeiten führen.

Die Anlage III, das sind "verkehrsfähige und verschreibungsfähige Betäubungsmittel", also Mittel, aus deren Stoffen die Präparate gemacht werden, die sehr gängig auf dem Markt sind, ist in den Beratungen im letzten Augenblick noch verändert worden. Hier wird die öffentliche Diskussion sicher noch weitergehen.

Was die Öffentlichkeit natürlich am meisten interessieren wird, ist der völlig neue Teil, der Therapie und Strafe regelt. Dies ist der siebte Abschnitt mit dem Titel "Betäubungsmittelabhängige Straftäter" und mit den Paragraphen 31a bis 31d. Sofern vom Bundesrat hier nicht noch Veränderungen vorgenommen werden, die dann im Vermittlungsausschuß auszuhandeln wären, lassen sich die vier neuen Absätze, die an den alten Paragraph 31 angehängt worden sind, wie folgt kurz darlegen.

Paragraph 31a behandelt die "Zurückstellung der Strafvollstreckung", wenn jemand wegen einer Straftat im Zusammenhang mit diesem Gesetz zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als zwei Jahren verurteilt worden ist und es sich aus den gesamten Umständen ergibt, daß er die Tat aufgrund einer Betäubungsmittelabhängigkeit begangen hat. Es handelt sich hierbei aber um eine Kann-Bestimmung. Voraussetzung ist weiter, daß der Verurteilte sich entweder schon in einer Behandlung befindet oder eine solche Behandlung aufnehmen wird, was zu kontrollieren ist. Es wird weiter festgelegt, daß diese Überweisung zur Therapie rückgängig gemacht werden kann, wenn die Therapie nicht aufgenommen und nach etwaigen Abbrüchen nicht fortgesetzt würde.

In Paragraph 31b wird geregelt, daß die Therapie in einer staatlich anerkannten Einrichtung dazu führt, daß diese Zeit auf die Strafe angerechnet wird und der Rest zur Bewährung ausgesetzt werden kann.

Im Paragraph 31c, dem einige Mitglieder der Opposition nicht zugestimmt haben, wird festgelegt, daß die Staatsanwaltschaft mit Zustimmung des zuständigen Gerichts vorläufig von der Verfolgung der Tat absehen kann, wenn der Beschuldigte nachweist, daß er sich wegen seiner Abhängigkeit der Behandlung unterzieht.

In Paragraph 31d schließlich wird festgesetzt, daß unter Umständen die Strafe, die unter diese Bestimmung des Paragraph 31 fällt, nicht in Führungszeugnissen etc. aufgenommen wird. Es handelt sich insgesamt also um einen neuen Weg, der im besonderen versucht, den Bedürfnissen von fast immer sehr jungen Straftätern, die im Rauschmittelabhängigkeit geraten sind, so gerecht zu werden, daß sie tatsächlich auch von dieser Abhängigkeit loskommen und ihr Leben neu aufbauen können.

Mit dem Gesetz zusammen ist eine Empfehlung verabschiedet worden, in der insbesondere die Länder, aber auch die Bundesregierung gebeten werden, die entsprechenden Vorkehrungen so bald als möglich zu treffen, soweit sie noch nicht vorhanden sind. Das Gesetz wird unter anderem wegen dieser Schwierigkeit erst zum 1. Juli 1981 in Kraft treten.

Zur Therapie ist anzumerken, daß sich alle Beteiligten noch im Anfangstadium der Erfahrungen befinden und daß aus dem Ausland durchaus ermutigende Berichte vorliegen. Auch die Anhörung im Deutschen Bundestag hat ergeben, daß mit Therapieerfolgen sehr wohl zu rechnen ist, wenn sie der besonderen Situation angemessen gestaltet werden. Das heißt vor allem, die körperliche Entziehung kann sehr rasch vonstatten gehen, sie ist für den Betroffenen durchaus unangenehm und mit Schmerzen verbunden, sie braucht aber nicht wochenlang in Krankenhäusern abgewickelt werden. Viel wichtiger ist sofort anschließend die Aufnahme in ein nach sozialpädagogischen Gesichtspunkten verständnisvoll geleitetes Heim. Und hier wird man allseits Erfahrungen sammeln müssen, die auch



die verschiedenen Verbände miteinbringen können. Wie immer in schwierigen Situationen, die besondere Zuwendung verlangen, wird auch Geduld notwendig sein, die einschließt, daß die Betroffenen die Therapie hin und wieder abbrechen. Gerade deswegen ist nach dem Ratschlag der Sachverständigen der Druck der Strafe, die dann wieder anzutreten wäre, richtig, weil bei Rauschgiftabhängigen insbesondere das Selbstwertgefühl wieder aufgebaut und die Persönlichkeit stabilisiert werden muß. Jedenfalls eröffnet das Gesetz alle Wege, dies sinnvoll zu versuchen.

Die Strafen für die eigentlich verbrecherisch Handelnden im Rauschgiftgeschäft richten sich wie bisher nach dem Paragraph 28 und können eher höher angesetzt werden als bislang. Nachdrücklich ist darauf hinzuweisen, daß in Paragraph 28 Absatz 1, Punkt 10 dieses Gesetzes ausdrücklich unter Strafe gestellt wird, wer "eine Gelegenheit zum unbefugten Verbrauch, Erwerb oder zur unbefugten Abgabe von Betäubungsmitteln öffentlich oder eigennützig mitteilt oder eine solche Gelegenheit einem anderen verschafft oder gewährt". Unter diesem Gesichtspunkt wären die Zeitschriften aufmerksam zu beobachten, die nun kürzlich auch in Deutschland auf den Markt gekommen sind, nachdem zum Beispiel in den Vereinigten Staaten ganze Börsenzettel über den Rauschgiftmarkt in aller Welt in Zeitschriften wie "High Times" nachzulesen sind. Hier zeigt sich, welche kapitalkräftige Interessen hinter dem Rauschgifthandel ganz offensichtlich auch stehen. In Berlin ist eine ähnliche Zeitschrift kürzlich unter dem Namen "Inside" auf dem Markt erschienen, und es gibt inzwischen auch in deutschen Städten sogenannte Zubehörläden, die hoffentlich bald in Konflikt mit dem neuen Betäubungsmittelgesetz kommen.

Wie wichtig die öffentliche Diskussion und Aufmerksamkeit insbesondere in Sachen Rauschgift ist, ergibt sich aus vielen Zeitungsberichten, aus den leidvollen Erfahrungen in so manchen Elternhäusern und nicht zuletzt aus Untersuchungen, die allerdings noch immer zu wenig vorhanden sind. So hat sich ergeben, daß 1979 weitgehend solche Jugendlichen am Rauschgiftkonsum beteiligt sind, die starke Zukunftsangst aufweisen und dies oft durchaus begründet, weil sie keinen Schulabschluß haben oder keine Berufsausbildung antreten. Es handelt sich bei dem Drogenkonsum 1979, wie formuliert wird, weithin um das "Bedürfnis nach Kompensation eigener Schwächen, aber auch nach der Flucht vor der Realität". Hier müßten weitere Untersuchungen einsetzen, um daraus auch Programme zur rechtzeitigen Hilfe zu entwickeln.

Die Hauptaufgabe in der Öffentlichkeit wird ohnehin in den nächsten Jahren sein, sich besser zu informieren über Probleme und Gefahren, die mit Rauschgiften aller Art verbunden sind. Wenn bei aller Vorbeugung doch Abhängigkeit eingetreten ist, so ist darauf zu achten, daß die ja meist sehr jungen Leute so viel Zuwendung erhalten, damit sie sich aus dieser Abhängigkeit möglichst frühzeitig wieder befreien können. Das Gesetz kann hierzu durchaus Wege weisen, wenn die Therapieeinrichtungen bald in ausreichender Zahl vorhanden sind und wenn sich geeignete und von dieser Aufgabe überzeugte Mitarbeiter finden.

(-7.7.1980/hj/ca)

+ + +



Kein Verzicht auf Wachstum und Komfort

Zukünftige Energiepolitik in absehbarer Zeit ohne Kernenergie möglich

Von Professor Dieter von Ehrenstein

Atomphysiker an der Universität Bremen und Mitglied der Enquête-Kommission

Zukünftige Energiepolitik des Deutschen Bundestages

Der Zwischenbericht der Enquête-Kommission Zukünftige Energiepolitik ist als ein Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Natürlich war bei dem großen, in der Kommission vertretenen Meinungsspektrum zu diesem Zeitpunkt keine eindeutige Aussage gegen den Ausbau beziehungsweise Betrieb der Kernkraftwerke zu erwarten. Immerhin war es in ausführlichen Sachdiskussionen möglich, die Aufmerksamkeit auf wichtige Einzelargumente der Atomenergiekritiker zu lenken. Vieles davon hat in dem von der großen Mehrheit getragenen Bericht seinen Niederschlag gefunden.

Ich halte es für besonders wichtig, daß unter den häufig zitierten vier zukünftigen "Energiepfaden" zwei Entwicklungswege aufgezeigt und durch Rechnungen belegt wurden, die in absehbarer Zeit den völligen Verzicht auf die Kernenergie möglich machen; diese Entwicklung ist ohne Verzicht auf solides Wirtschaftswachstum oder gar Verzicht auf Komfort zu erreichen, nämlich durch konsequente Maßnahmen zur rationellen intelligenten Energieanwendung. Die Kommission hat eine Fülle von konkreten Maßnahmen dafür aufgezählt. Wer diesen Weg ohne Kernenergie erreichen will, muß bei der Durchsetzung und Verwirklichung derartiger Maßnahmen mithelfen.

Für die heutigen Leichtwasserreaktoren wurde ein langer Katalog von Verbesserungen der Sicherheit dieser Kernkraftwerke von der Kommission vorgeschlagen. Auch die Verwirklichung dieser zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen muß die Öffentlichkeit aufmerksam verfolgen. Unter den Empfehlungen der Kommission zur verbesserten Sicherheit von Reaktoren und anderen kerntechnischen Anlagen erscheint mir die Prüfung der unterirdischen Bauweise besonders wichtig.

Nach meiner Meinung müßten überdies die heutigen oberirdischen Reaktoren bei Bedrohung durch Krisen oder gar Krieg nicht nur abgeschaltet werden, sondern ihre hochaktiven Brennelemente sind in vorbereitete unterirdische Lager zu verbringen. Mit dem Bau derartiger Ausweichlager muß sofort begonnen werden. Unterirdische Bauweise ist auch für alle Zwischenlager zu fordern. Die sogenannten "Kompaktlager" sind abzulehnen.

Auch die Empfehlungen der Kommission zur Behandlung der radioaktiven Abfälle bemühen sich, Alternativen zur bisherigen Planung aufzuzeigen und nachdrücklich zu fordern. Dies öffnet für die spätere politische Entscheidung von Öffentlichkeit und Parlament eine echte Auswahlmöglichkeit. Diese Freiheit zur Entscheidung darf auch hier nicht durch willkürlich gesetzte technische Sachzwänge eingeengt werden. Bei der Behandlung atomarer Abfälle bedeutet dies die Entwicklung und Erprobung auch einer technischen Methode, die einen völligen Verzicht auf eine Wiederarbeitungsanlage ermöglicht.

Die Kommission hat die Sicherheitsproblematik des Schnellen Brütters in Kalkar ausführlich diskutiert. Es gab keine Kontroverse, daß bei einem Schnellen Brüter eine "atombombenähnliche Explosion" nicht ausgeschlossen werden kann. Die Kontroverse bestand jedoch bei der Frage, mit welcher maximalen Energie bei dieser Explosion gerechnet werden muß und ob die Umhüllung des Reaktors dabei zerstört und eine große Landfläche radioaktiv verseucht wird. In diesem Sinne begrüße ich die von der Kommission beschlossenen weitergehenden Studien zur Sicherheit des SNR 300 in Kalkar. Mit der Mehrheit der Kommission habe ich im Zwischenbericht die Frage der zukünftigen Inbetriebnahme dieses Schnellen Brutreaktors in Kalkar offengelassen. In der von mir gemeinsam mit dem Kom-



missionsmitglied Professor Dr. Dr. Altner verfaßten Stellungnahme im Kommissionsbericht wird jedoch betont, daß wir uns zur Zeit gegen eine Inbetriebnahme des Schnellen Brutreaktors in Kalkar aussprechen müssen.

Die Tragfähigkeit des mit großer Mehrheit in der Kommission erreichten Kompromisses wird sich nicht zuletzt bei der Durchführung der weiteren Arbeit der Kommission, insbesondere aber bei der Durchführung der von der Kommission angeregten Studien und Prüfungen zu erweisen haben. Dabei sind unabdingbar:

1. Die faire Beteiligung kritischer Wissenschaftler, die der Nutzung der Kernenergie ablehnend gegenüberstehen. Diese Beteiligung ist an vielen Stellen im Kommissionsbericht ausdrücklich vorausgesetzt und direkt angesprochen.
2. Die offene Kooperation der mit diesen Arbeiten bisher schon beschäftigten Wissenschaftler mit den neu hinzukommenden Kritikern der Kernenergienutzung. Bei der Vergabe der Studien zur Sicherheit des SNR 300 bedarf es diesbezüglich besonderer Umsicht und Fairneß.
3. Uneingeschränkte institutionelle Hilfe zur Förderung dieser Kooperation. Diese ist ohne Erleichterung der Zugänglichkeit zu den Großforschungszentren nicht denkbar.
4. Uneingeschränkter Zugang ohne Zeitverluste zum gesamten Informationsmaterial für alle an den vereinbarten Studien beteiligten Wissenschaftler.

Die bisher einjährige Arbeit der Enquete-Kommission unter ihrem Vorsitzenden, dem SPD-MdB Oberhorst hat gezeigt, daß diese in der Sache harte kontroverse Auseinandersetzung ein Schritt in Richtung auf eine rationale Energiepolitik bewirken kann, die auch eine echte Alternative der Energieversorgung ohne Kernenergie als politische Wahlmöglichkeit eröffnet.

Der Einbruch in das bisher festgefügte System vermeintlicher "technischer Sachzwänge" durch das Aufzeigen gangbarer Alternativen im Zwischenbericht der Kommission wird durch die ablehnende Haltung der Kommissionsmitglieder der CDU/CSU und durch negative Stimmen zum Beispiel vom Bundesverband der deutschen Industrie belegt. Im Vergleich dazu sei betont, daß wichtige Übereinstimmungen im Verlauf der Sachdiskussion der Kommission zwischen den Auffassungen des DCB und den Positionen der Kernenergiekritiker herstellten.

Für die von der großen Mehrheit der Kommission empfohlene Fortsetzung ihrer Arbeit stehen wichtige Fragen auf dem Programm, die bisher noch nicht behandelt werden konnten. Unter diesen Themen sind nach meiner Meinung die Probleme einer zukünftigen weltweiten Plutoniumwirtschaft vorrangig.

Die erst in den letzten Jahren eingestandene Mißbrauchsmöglichkeit von Plutonium aus kommerziellen Reaktoren zur Herstellung atomarer Explosionskörper berührt nämlich das bedrückende Problem der Atomenergieerzeugung. Da es keinen Brennstoffkreislauf zu geben scheint, der technische inhärent wirksame Sicherungen gegen eine mögliche Atomwaffenherstellung aufweist, ist die oftmals propagierte Hoffnung zerronnen, daß die absehbare Atomkernenergienutzung je für die Menschheit in erwähnenswertem Umfang zur Energieerzeugung eingeplant werden kann. Um den Unterschied zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern nicht noch weiter zu vergrößern, sollten die Industrienationen alles daransetzen, die Nutzung der Atomkernenergie aufzugeben und für alle Nationen gangbare alternative Wege der Energieerzeugung voranzutreiben. Der internationale Großausbau der Atomindustrie schafft im nächsten Jahrhundert den Hintergrund für die Herstellung von sehr vielen (100.000en) von Atomwaffen in den Händen vieler Nationen in sehr kurzer Zeit (Wochen, Monate?). Dagegen verblassen beinahe die alptraumhaften heutigen Atomwaffenarsenale der Supermächte von "nur" einigen zehntausend Waffen. Die Erwartung, daß man mit diesem Problem durch Weiterentwicklung der heutigen technisch-administrativen Möglichkeiten international fertig werden könnte, ist trügerisch. Man hat nämlich die Schwierigkeiten, die sich aus der massenhaften Verbreitung von Atombombenmaterial ergeben werden, heute kaum ansatzweise begriffen.

(-/7.7.1980/v0-he/ca)



Dokumentation

Zum 85. Geburtstag des FPD-Vorstandsmitgliedes William Borm am 7. Juli hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt dem Jubilar folgendes Glückwunschsreiben gesandt.

Mit Sachkunde, Überzeugung und Unbeugsamkeit

Lieber William Borm!

Es gibt wenige, die das, was Ostpolitik genannt, zutreffender aber mit Friedenspolitik gekennzeichnet wird, in Entstehen, Durchführung und vor allem gegenüber Anfeindungen und Anfechtungen so mit Sachkunde, Überzeugung und Unbeugsamkeit beeinflusst und begleitet haben wie Sie. Dies ist um so mehr hervorzuheben, als Ihr persönliches Schicksal Sie nicht abgebracht hat vom Weg der Vernunft und des Engagements zugunsten des ernsthaften Versuchs der Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn, auch und nicht zuletzt der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bei Ihnen bedanken für die Überlegungen, die Sie erst kürzlich in einem "Plädoyer für eine selbstbewußte europäische Friedenspolitik" niedergeschrieben haben. Auf solche Denkanstöße sind wir immer wieder angewiesen.

Gern denke ich, lieber Herr Borm, an die erste Nachkriegszeit, in der wir uns in Berlin kennenlernten - und an das Telefongespräch, in dem ich Sie nach der Zeit Ihrer schweren Bedrängnis wieder bei uns in Berlin begrüßen konnte. Wir haben dann 1963 miteinander das sozial-liberale Regierungsbündnis zustandegebracht, aus dem - in Berlin und in Bonn - gewiß noch mehr hätte gemacht werden können. Und doch sind wir uns sicher einig, daß seit 1969 im Bund viel auf den Weg gebracht worden ist. Und Sie hatten daran einen nicht geringen Anteil.

Ich denke, Sie haben es nicht als Schande empfunden, als Ihnen heute vor fünf Jahren von Ihren Berliner Parteilfreunden der Ehrentitel des "Ältesten Jungdemokraten" verliehen wurde. Sie werden es auch verstehen, wenn ich - zumal als Sozialdemokrat - Ihr hanseatisches Gewissen, das Sie sich als überzeugter Berliner bewahrt haben, nicht mit weiteren Titeln oder Orden strapazieren will und kann. Was ich aber möchte, ist dies: Neben besten persönlichen Wünschen für Sie und Ihre Familie Ihnen - auch im Namen meiner Freunde - Respekt bekunden und aufrichtig Dank sagen.

(-/7.7.1980/hi/ca)

Ihr

Willy Brandt

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

